

Vorsitzender Tendler verweist auf die ausführliche Vorlage der Verwaltung und den Antrag der SPD-Fraktion, die beide in die gleiche Richtung gehen.

Bei der sich daraufhin ergebenden ausführlichen Beratung der Angelegenheit ergeben sich Fragen, Hinweise und Anregungen von verschiedenen Ausschussmitgliedern. So plädieren Herr Marcel Schmidt und Herr Tendler dafür, von der Forderung eines Nutzungsentgeltes abzusehen, zumal sie den Verwaltungsaufwand höher einstufen als den Nutzen. Frau Hartmann, Herr Bellinghausen und Herr Müller hingegen sehen einen wichtigen pädagogischen Effekt in der Erhebung eines Nutzungsentgeltes. Bürgermeister Dr. Storch teilt mit, dass der Vorschlag, ein Nutzungsentgelt zu erheben, nach einem Gespräch mit Mitgliedern verschiedener Bands entstanden ist. Auch nach Meinung der Jugendlichen ist es durchaus üblich, für die Nutzung von Räumlichkeiten ein Entgelt zu entrichten. Der in der Verwaltungsvorlage genannte Betrag von 50,-- € bezieht sich auf einen Monat und ist von den Nutzern insgesamt zu zahlen. Er deckt bei weitem nicht die anfallenden Kosten und soll ein Anerkennungsbetrag für die Gebrauchsüberlassung der Räumlichkeiten sein. Herr Müller schlägt schließlich vor, dass das Nutzungsentgelt dem Kinder- und Jugendparlament zur Verfügung gestellt wird und dieses über die Mittelverwendung eigenverantwortlich entscheiden soll. Frau Hartmann regt an, über die Überlassung der Räumlichkeiten der neuen Jugendeinrichtung für private Feiern noch einmal nachzudenken. Hier könne man auch auf die Erfahrungen anderer Jugendeinrichtungen zurück greifen. Durch die Vergabe der Räumlichkeiten für private Feiern könne man Einnahmen erzielen, die dann der Jugend zur Verfügung gestellt werden könnten.